

Markus Fischer

Die verwaltungsprozessuale Klage im Kraftfeld zwischen materiellem Recht und Prozessrecht



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

<i>1. Kapitel: Einleitung</i>	1
A) Problemstellung	1
B) Ausgeklammerte Fragestellungen	6
<i>2. Kapitel: Grundsätzliche Fragen betreffend das Verhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht</i>	9
A) Grundsätzliche Fragen betreffend das Verhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht in Bezug auf die verwaltungsprozessuale Klage	9
I) Das subjektive öffentliche Recht im Kraftfeld zwischen materiellem Recht und Prozessrecht	9
1) Bezug zum Thema	9
2) Unterscheidungen	10
a) Unterscheidung zwischen abstraktem und konkretem subjektiven öffentlichen Recht	11
b) Unterscheidung zwischen Anspruch und Gestaltungsrecht	15
c) Unterscheidung zwischen unselbstständigem und selbstständigem Anspruch	17
3) Zur Reichweite des Begriffs des subjektiven öffentlichen Rechts	19
a) Fragestellung	19
b) Zur Einordnung der Quellrechte	21
II) Der Prozesszweck und das Verhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht	25
1) Zur Entwicklung der Diskussion um den Prozesszweck und das Verhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht	25
a) Rechtshistorischer Hintergrund: Fortführung der Diskussionen des 19. Jahrhunderts durch die Verwaltungsprozessrechtswissenschaft unter dem Grundgesetz	25

b) Rechtshistorisch-prozessordnungsvergleichender Hintergrund: die Entwicklung des Zivilrechts/Zivilprozessrechts im 19. Jahrhundert als Kontrast	27
aa) Die Entwicklung im Zivilrecht/Zivilprozessrecht	28
(1) Die Lehre von F. K. von Savigny	28
(2) Die Lehre von B. Windscheid	30
(3) Die weitere Entwicklung im Zivilrecht/Zivilprozessrecht	35
bb) Vergleichung der Entwicklung im Zivilrecht/Zivilprozessrecht mit der im Verwaltungsrecht/Verwaltungsprozessrecht	38
cc) Zusammenfassung	45
c) Der Begriff Rechtsschutz im Kraftfeld zwischen materiellem Recht und Prozessrecht	46
aa) Begriff	46
bb) Einordnung	49
d) Heutiger Diskussionsstand	51
2) Eigener Standpunkt zum Prozesszweck und zum Verhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht	53
a) Eigener Standpunkt zum Prozesszweck	53
aa) Differenzierung nach Verfahrensarten	53
(1) Verfahrensarten mit Rechtsdurchsetzung als Prozesszweck	53
(1.1) Allgemeine Leistungsklage	53
(1.2) Verpflichtungsklage	56
(2) Verfahrensarten mit Rechtsschutz als Prozesszweck	60
(3) Zum Prozesszweck der Anfechtungsklage	63
(3.1) Fragestellung	63
(3.2) Analyse der Entscheidungskriterien	67
(3.3) Lösung	71
(4) Zusammenfassung	73
bb) Verallgemeinerungsfähige Aussagen	74
b) Eigener Standpunkt zum Verhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht	75
aa) Gesetzgebungskompetenzproblematik	76
bb) Inakzeptable Konsequenzen eines Verzichts auf eine saubere Trennung von materiellem Recht und Prozessrecht	82

c) Konsequenzen für die Dogmatik und das Grundverständnis des Verwaltungsprozessrechts	86
aa) Konsequenzen für die Dogmatik des Verwaltungsprozessrechts	86
bb) Konsequenzen für das Grundverständnis des Verwaltungsprozessrechts	89
3) Einordnung und Diskussion der Lehren von H. H. Rupp, W. Henke und W.-R. Schenke	91
a) Die Lehre von H. H. Rupp	91
b) Die Lehre von W. Henke	95
c) Die Lehre von W.-R. Schenke	100
III) Zur Bedeutung des Gewaltenteilungsgrundsatzes sowie von Art. 19 Abs. 4 GG	110
1) Zur Bedeutung des Gewaltenteilungsgrundsatzes	110
2) Zur Bedeutung von Art. 19 Abs. 4 GG	113
a) Effektiver Rechtsschutz: nur Justizgewährungsanspruch, kein Rechtsschutzanspruch	114
b) Keine Vorgabe eines bestimmten verwaltungsprozessrechtlichen Konzepts	121
B) Das Verwaltungsprozessrecht im prozessrechtlichen Gesamtsystem ..	123
I) Zur allgemeinen Prozessrechtslehre	123
1) Unterscheidung von zwei Grundtypen prozessualer Verfahren	124
2) Einordnung des Verwaltungsprozesses in diese Systematik	127
II) Zur Übertragbarkeit zivilprozessualer Lehren	130
3. Kapitel: Die verwaltungsprozessuale Klage	137
A) Die Dogmatik der verwaltungsprozessualen Klagearten im Kraftfeld zwischen materiellem Recht und Prozessrecht	137
I) Die Institute der Zulässigkeit der Klage und der Begründetheit der Klage	137
II) Das Institut der Statthaftigkeit der Klage	142
III) Materiellrechtliche und prozessrechtliche Determinanten der Tenorierung stattgebender Urteile	151
1) Fragestellungen	151
2) Dogmatische Einordnung der Gestaltungsklagen	152

3) Konsequenzen einer Diskrepanz zwischen materiellrechtlichen und prozessrechtlichen Vorgaben	160
4) Ergebnisse	163
 B) Zur dogmatischen Einordnung einzelner Klagearten	165
I) Zur Anfechtungsklage	165
1) Die Voraussetzungen der Begründetheit der Anfechtungsklage	165
a) Zum Meinungsstand	165
b) § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO im verfassungsrechtlichen Kontext ...	167
c) § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO im entstehungsgeschichtlichen Kontext	171
d) Analyse der problematischen Fallkonstellationen	176
e) § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO im einfachgesetzlichen systematischen Kontext	179
f) Konsequenzen für den Regelungsgehalt von § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO	185
2) Die Anfechtungsklage im System der Klagearten: Leistungsklage oder Gestaltungsklage mit letztlich kassatorischer Wirkung?	187
a) Zum Meinungsstand	187
b) Eigener Standpunkt	194
c) Konsequenzen der eigenen Auffassung	196
II) Zur allgemeinen Gestaltungsklage	199
1) Zum Meinungsstand	199
2) Die allgemeine Gestaltungsklage im Kraftfeld zwischen materiellem Recht und Prozessrecht	201
a) Das mit der allgemeinen Gestaltungsklage durchzusetzende subjektive öffentliche Recht	201
b) Zum „numerus clausus der Gestaltungsklagen“ als Argument	204
c) Zur Unbrauchbarkeit einer Argumentation mit dem Gebot effektiven Rechtsschutzes oder mit dem Gewaltenteilungsgrundsatz	208
3) System- und gesetzgebungskompetenzgerechter Lösungsansatz für das Anliegen der Vertreter der allgemeinen Gestaltungsklage ...	209
III) Zur Verpflichtungsklage	211
1) Die Begründetheitsvoraussetzungen der Verpflichtungsklage	212
a) Die Begründetheitsvoraussetzungen der Verpflichtungsklage unter dem Aspekt eines Vornahmeurteils	213

b) Die Begründetheitsvoraussetzungen der Verpflichtungsklage unter dem Aspekt eines Bescheidungsurteils	215
2) Der Regelungsgehalt von § 113 Abs. 5 VwGO	218
a) Zur Rechtsverletzung bei der Verpflichtungsklage und zur „Spruchreife der Sache“	218
b) Zur sachgerechten Antragstellung durch den Kläger und zur in § 113 Abs. 5 VwGO enthaltenen Wertung	225
3) Eigene Thesen zur Verpflichtungsklage	235
C) Der Streitgegenstand der verwaltungsprozessualen Klage im Kraftfeld zwischen materiellem Recht und Prozessrecht	237
These 1: Zur Terminologie	238
These 2: Zur Übertragbarkeit der zivilprozessualen Streitgegenstandslehren	239
These 3: Zum materiellen Streitgegenstandsbegriff	243
These 4: Zur Inkonsequenz der Vertreter des prozessualen Streitgegenstandsbegriffs aus der Verwaltungsprozessrechtswissenschaft	247
These 5: Zur objektiven Grenze der materiellen Rechtskraft	250
These 6: Zum Streitgegenstand der Anfechtungsklage	257
These 7: Zum Streitgegenstand der Verpflichtungsklage	268
<i>4. Kapitel: Einzelfragen</i>	273
A) Prozessführungsbefugnis, Klagebefugnis, Sachlegitimation	273
I) Zu den Instituten Prozessführungsbefugnis und Sachlegitimation ..	273
1) Zivilprozessrecht / allgemeine Prozessrechtslehre	273
2) Verwaltungsprozessrecht	278
II) Zur dogmatischen Einordnung von § 42 Abs. 2 VwGO	279
1) Zum Meinungsstand	279
2) Eigener Standpunkt	283
a) Ausschluss der Popularklage nicht Zweck von § 42 Abs. 2 VwGO	283
b) Der Regelungsgehalt von § 42 Abs. 2 VwGO	287
aa) Objektive Komponente: aktive Prozessführungsbefugnis	287
bb) Subjektive Komponente: Darlegungslast	294

3) Konsequenzen dieser Einordnung von § 42 Abs. 2 VwGO	
für Einzelfragen	300
a) Zur sogenannten Adressatentheorie	300
b) Zur Diskussion um die analoge Anwendbarkeit von § 42 Abs. 2 VwGO bei der Feststellungsklage und bei der allgemeinen Leistungsklage	302
4) Eigene Thesen	305
III) Zur dogmatischen Einordnung von § 78 VwGO	307
1) Zur Diskussion	307
2) Eigene Thesen	319
B) Zur sogenannten altruistischen Verbandsklage	320
I) Zulässigkeit und Begründetheit von altruistischen Verbandsklagen ..	321
II) Die dogmatische Einordnung der altruistischen Verbandsklagen ...	324
III) Gesetzgebungskompetenzfragen	328
1) Die Gesetzgebungskompetenzproblematik als entscheidende Stütze der hier vertretenen dogmatischen Einordnung der altruistischen Verbandsklage	328
2) Die Gesetzgebungskompetenz zur Schaffung von Verbandsklagen gegen bundesbehördliche Verwaltungsakte	329
3) Die Gesetzgebungskompetenz zur Schaffung von Verbandsklagen gegen landesbehördliche Verwaltungsakte, die auf bundesgesetzlicher Grundlage ergangen sind	331
4) Die Gesetzgebungskompetenz zur Schaffung von Verbandsklagen gegen landesbehördliche Verwaltungsakte, die auf landesgesetzlicher Grundlage ergangen sind	332
IV) Eigene Thesen	334
C) Der maßgebende Zeitpunkt für die gerichtliche Entscheidung über eine Anfechtungsklage	335
I) Zur Diskussion	335
1) Zum Meinungsstand in der Literatur	335
2) Zum Standpunkt des Bundesverwaltungsgerichts	340
II) Auseinandersetzung mit den Gegenauffassungen	344
III) Eigene Auffassung	348

D) Der Regelungsgehalt von § 75 Abs. 1a Satz 2 VwVfG	354
I) Fragestellung	354
II) Der Standpunkt des Bundesverwaltungsgerichts als Ausgangspunkt	355
1) Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	355
2) Inzidenter vorzunehmende dogmatische Klärungen	357
a) Existenz, Wirksamkeit und Aufhebung von Verwaltungsakten ..	357
b) Vergleich mit §§ 214 f. BauGB, § 47 Abs. 5 VwGO	359
c) Das Wesen der „aufschiebenden Wirkung“ im Sinne von § 80 Abs. 1 VwGO	364
3) Dogmatische Einordnung des Standpunkts des Bundesverwaltungsgerichts	367
a) Interpretation des vom Bundesverwaltungsgericht befürworteten Entscheidungsausspruchs	367
b) Die zur Durchsetzung des Anspruchs auf Wirksamkeitsbeseitigung geeignete Klageart	369
III) Die Unvereinbarkeit der Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts mit den Prämissen der herrschenden Meinung	371
 5. Kapitel: Zentrale Thesen	373
 Literaturverzeichnis	377
 Personenverzeichnis	406
 Sachverzeichnis	408